

# Informationsbrief

für Führungskräfte

Nr. 10/2002



Herausgegeben vom Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. Wiesbaden

Unsere Meinung:

## Generalüberholung

Eine bemerkenswerte Bewusstseinspaltung ist in Deutschland erkennbar: Während die überwältigende Mehrheit der Deutschen einen Reformstau diagnostiziert und erkennt, dass Deutschland dadurch im internationalen Vergleich zurückfällt (siehe EMNID-Umfrage, Seite 2) sind es dieselben Deutschen, die vehement opponieren, wenn sie als Interessenvertreter, als Gruppe oder als Einzelner von Spar- und Kürzungsmaßnahmen betroffen werden sollen.

Dieses Verhalten führt aber in eine „Rationalitätenfalle“: Wer individuell rational handelt, indem er sich gegen „Opfer“ wehrt und sich gegen den Abbau von „Besitzständen“ verteidigt, bringt das Gemeinwesen weiter in die Verlustzone und verlängert den Reformstau.

In dieser Konstellation fällt es der Politik schwer, Meinungsführerschaft zu übernehmen und vermeintliche Grausamkeiten im Sinne einer langfristigen Verbesserung der Situation in Angriff zu nehmen. Nach der Wahl ist vor der Wahl: Der vermutete Machtverlust von Politikern, wenn sie radikale Sparmaßnahmen einführen, paralyisiert die Entscheidungsprozesse. Dies ist im Übrigen kein parteispezifisches Phänomen, sondern ein Kennzeichen der großen Volksparteien auf der Mehrheitssuche. Ein zäher Föderalismus, gekennzeichnet durch gegenseitige Blockaden von Bundestag und Bundesrat, kommt erschwerend hinzu.

Nach der Bundestagswahl zeigt sich nun,

dass die wirtschaftliche Entwicklung weit weniger positiv verläuft, als noch vor dem 22. September verkündet. Stück für Stück werden die Prognosen zurückgefahren, die Klima-Indikatoren trüben sich ein. Auch der „Blaue Brief“ aus Brüssel nimmt Gestalt an. Weil die Steuerquellen versiegen, gerät die Konsolidierung ins Stocken – die Kraft zu beherzten Ausgabenkürzungen fehlt, stattdessen wurden bereits Steuererhöhungen ins Gespräch gebracht.

Gefragt ist aber eine „Generalüberholung“, die alle bundesdeutschen Problemzonen gleichermaßen ins Visier nimmt. Dabei darf es keine Tabus geben. Die Finanzwissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von „Opfergleichheit“ – gemäß der Devise: geteiltes Leid ist halbes Leid.

<b>Aus dem Inhalt:</b>	<b>Seite</b>
<b><u>Trend</u></b>	
<b>Deutsche sehen Reformstau</b>	<b>2</b>
<b><u>Chemie</u></b>	
<b>Trend zu Qualifizierung</b>	<b>3</b>
<b>Chemie Pensionsfond etabliert</b>	<b>5</b>
<b>Wieder mehr Chemie-Studenten</b>	<b>6</b>
<b>Biotech im Kommen</b>	<b>6</b>
<b><u>Dokumentation</u></b>	
<b>Arbeitsmarktpolitik: Neue Prioritäten</b>	<b>7</b>

## EMNID-Repräsentativumfrage:

# Deutsche sehen zunehmenden Reformstau

70 vH der Deutschen sind der Auffassung, dass Deutschland seine Reformaufgaben vor sich herschiebt und im internationalen Wettbewerb zurückfällt. Noch vor einem Jahr sagten dies erst 51 vH.

Eine große Mehrheit der befragten Bevölkerung bezeichnet zudem eine schnelle und wirksame Senkung der Arbeitslosenzahlen als die mit Abstand wichtigste Frage, die von der nächsten Regierung „unbedingt“ gelöst werden muss. Mit 79 vH Nennungen steht sie in einer Prioritätenliste an erster Stelle. Das Thema „Wirtschaft ankurbeln“ folgt mit 41 vH Nennungen an zweiter Stelle.

Das sind Ergebnisse einer demoskopischen Repräsentativumfrage, die das EMNID-Institut kurz vor der Bundestagswahl auf

Veranlassung des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC) durchgeführt hat. Die Umfrage mit dem Thema „Globalisierung – Gesellschaft im Wandel“ lief im Zeitraum vom 16. August bis zum 2. September, also u. a. nach Bekanntgabe der Vorschläge der Hartz-Kommission.

Befragt wurde eine repräsentative Bevölkerungsstichprobe von 2.111 Personen in Ost- und Westdeutschland. Der BAVC veröffentlicht einen ersten Teil der Untersuchung.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

### ■ Deutschland fällt zurück

**Frage:** „Es ist gegenwärtig viel über die Rolle Deutschlands im internationalen Wettbewerb, über Strukturwandel und Reformprobleme zu hören. Welcher der beiden folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu?“

Mit 70 vH ist der Umfrage zufolge die überwiegende Mehrheit der deutschen Bürger der Auffassung „Deutschland schiebt seine Reformaufgaben vor sich her und fällt im internationalen Wettbewerb zurück.“ Demgegenüber meinen 28 vH der Befragten „Deutschland hat seine Reformaufgaben angepackt und hält im internationalen Wettbewerb an vorderster Stelle mit.“

### Strukturwandel und Reformprobleme

	Total	Geschlecht		Alter					Gewerkschaftsmitgl.
		M	W	14–19 Jahre	20–29 Jahre	30–49 Jahre	50–64 Jahre	65+ Jahre	
Basis: 2111 Befragte = 100%									
„Deutschland hat seine Reformaufgaben angepackt und hält im internationalen Wettbewerb an vorderster Stelle mit.“	28	24	31	43	21	23	26	36	29
„Deutschland schiebt seine Reformaufgaben vor sich her und fällt im internationalen Wettbewerb zurück.“	70	75	66	56	77	75	72	60	70
keine Angabe	2	1	3	1	1	1	3	4	1
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Binnen Jahresfrist hat sich die Wahrnehmung der Bevölkerung stark verändert. Im Juni 2001, als die gleiche Frage gestellt wurde, meinten 51 vH der Befragten, dass Deutschland die Reformen vor sich herschiebt. Das jetzige Meinungsspektrum

zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen und erreicht bei Männern 75 vH, bei Befragten im Alter zwischen 20 und 49 Jahren sogar Werte bis zu 77 vH. Auch Gewerkschaftsmitglieder (70 vH) unterscheiden sich nicht vom allgemeinen Meinungstrend.

## ■ Arbeitslosenzahlen schnell und wirksam senken

**Frage:** „Was sind für Sie persönlich die wirklich drängenden Fragen, die nach der Bundestagswahl von der neuen Regierung unbedingt gelöst werden müssen?“

Von 18 zur Auswahl gestellten Themen konnten die Befragten drei ankreuzen. Mit 79 vH der Nennungen erhält die Antwort „Arbeitslosenzahlen schnell und wirksam senken“ die höchste Priorität. Für ostdeutsche Befragte (84 vH) und Gewerkschaftsmitglieder (85 vH) hat das Thema einen noch höheren Stellenwert.

An zweiter Stelle der Prioritätenliste steht mit 41 vH Nennungen „Wirtschaft ankurbeln“.

„Steuern und Abgaben für den Bürger spürbar senken“ folgt mit 36 vH Nennungen an dritter, das Thema „mehr Ausbildungsplätze“ (22 vH) an vierter Stelle.

## Themen für neue Regierung

Basis: 2111 Befragte	Total	Region		Gewerkschaftsmitgl.
		West	Ost	
Arbeitslosenzahlen schnell und wirksam senken	79	78	84	85
Wirtschaft ankurbeln	41	43	32	39
Steuern und Abgaben für den Bürger spürbar senken	36	38	30	32
mehr Ausbildungsplätze	22	19	33	20
Bildung verbessern	17	17	15	16
Altersvorsorge verbessern	17	17	14	21
Illegale Zuwanderung stoppen	14	14	11	12
Umweltschutz verbessern	13	14	11	13
Euro stabil halten	12	13	10	10
Verbrechensbekämpfung	11	11	12	11
Bürokratie abbauen	11	9	17	11
Korruptionsbekämpfung	7	7	9	11
Selbständigkeit fördern	5	5	5	4
mehr Verbraucherschutz	4	5	2	4
Bevölkerungsschwund bremsen	2	2	3	2
höhere Geburtenzahl fördern	2	2	4	4
weniger Regulierung der Unternehmen	1	2	1	1
EU-Beschlüsse besser kontrollieren	1	1	1	1
keine Angaben	0	0	0	–
Summe (Mehrfachangaben)	296	296	296	297

# Aus der Chemie

## Chemie-Beschäftigung:

## Qualifizierungstrend

Eine aktuelle Analyse des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC) zur Beschäftigung in der deutschen Chemie-Industrie zeigt, dass sich der langfristige Trend zu höherwertigen Arbeitsplätzen fortgesetzt hat. Darüber hinaus steigt der Anteil der weiblichen Beschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten. Ein weiteres Charakteristikum ist die weit verbreitete Schichtarbeit.

## ■ Über ein Viertel weiblich

Die Frauen in der chemischen Industrie stellen mittlerweile einen Anteil von 27,6 vH

der Tarifbeschäftigten. Unter den Auszubildenden der Branche liegt der Anteil mit 31,9 vH sogar bereits bei knapp einem Drittel. Die höchsten Frauenanteile sind dabei in den Entgeltgruppen E 1 und E 2 sowie E 9 bis E 11 zu finden.

## ■ Hohe Teilzeitquote

Die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten in der chemischen Industrie liegt bei 7,0 vH. Trotz der in der Branche traditionell schwierigeren Bedingungen für Teilzeitbeschäftigung, die durch Produktions- und Arbeitsabläufe

begründet sind, ist dieser Anteil in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Teilzeitbeschäftigung wird auch in der chemischen Industrie hauptsächlich von weiblichen Beschäftigten gewünscht. Dementsprechend ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in denjenigen Entgeltgruppen am höchsten, in denen auch der Frauenanteil relativ groß ist. Die höchsten Teilzeitquoten gibt es in den Entgeltgruppen E 1 (20,1 vH), in der E 9 (12,1 vH) und in der Entgeltgruppe E 10 (10,6 vH).

### ■ Schichtarbeit weit verbreitet

Von den Tarifbeschäftigten der Branche arbeiteten 6,2 vH in teilkontinuierlicher und 23,4 vH in vollkontinuierlicher Schichtarbeit. Zusammen lag ihr Anteil damit bei 29,6 vH.

#### „Vollkonti/Teilkonti“

Der Manteltarifvertrag der chemischen Industrie regelt, dass als teilkontinuierliche Arbeitsplätze solche angesehen werden, die rund um die Uhr, aber nicht am Wochenende (Samstag 14.00 Uhr bis Montag 6.00 Uhr) besetzt sind. Vollkontinuierliche Arbeitsplätze hingegen sind solche, die darüber hinaus auch am Wochenende ganz oder zeitweise besetzt sind.

Den höchsten Anteil haben Schichtarbeiter in den produktionsnahen Entgeltgruppen E 5 (51,3 vH) und E 6 (49,8 vH). Die wenigsten Arbeitnehmer in Schichtarbeit sind in den reinen Angestelltengruppen zu

finden. Insbesondere in den Entgeltgruppen E 11 bis E 13 liegt ihr Anteil nur zwischen 1,6 und 3,6 vH der Tarifbeschäftigten.

### ■ Weniger Einfach-Jobs

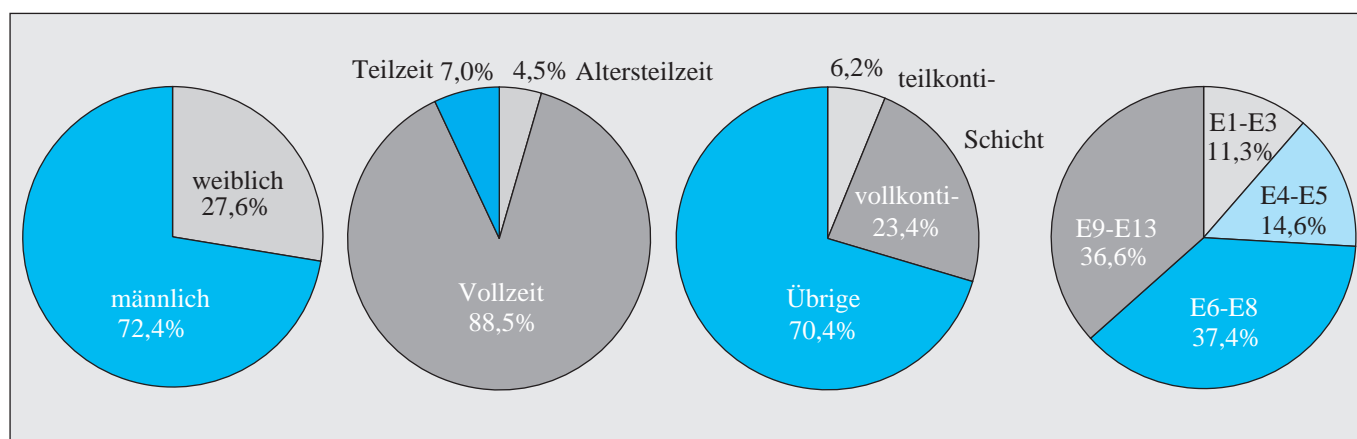
Ein Vergleich über die vergangenen Jahre zeigt die abnehmende Bedeutung insbesondere der Arbeitsplätze in den Entgeltgruppen E 1 bis E 5. Der Anteil der typischen Facharbeitergruppen (E 6 bis E 8) und der reinen Angestelltengruppen (E 9 bis E 13) an den Arbeitsplätzen der chemischen Industrie ist hingegen kontinuierlich gestiegen.

#### Besetzung der Entgeltgruppen in der chemischen Industrie

Entgeltgruppen	1988 <sup>1)</sup>		1995		2001	
	in vH aller Tarifbeschäftigten					
E1	5		2,8		1,6	
E2	9	21	7,1	16,6	4,4	11,4
E3	7		6,6		5,3	
E4	14	18	9,9	16,8	7,8	14,6
E5	4		6,9		6,8	
E6	18		15,7		14,9	
E7	6	30	10,6	34,6	12,1	37,4
E8	6		8,3		10,4	
E9	8		7,5		8,6	
E10	6		7,0		8,8	
E11	8	31	7,6	32,0	8,7	36,6
E12	4		5,4		6,2	
E13	5		4,5		4,3	

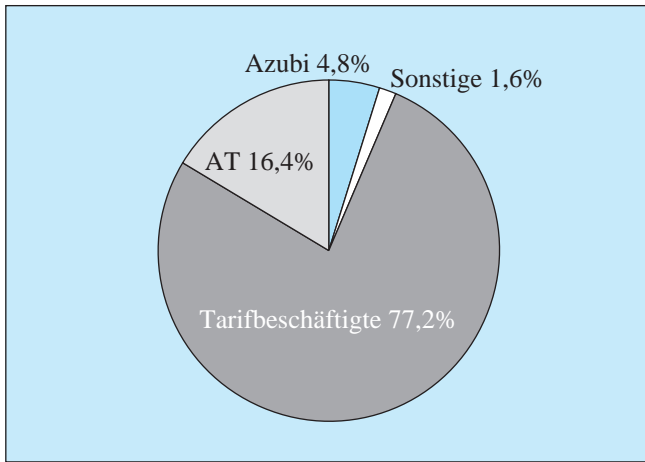
<sup>1)</sup> 1988 nur westdeutsche Tarifbezirke  
Quelle: BAVC Statistik

#### Chemie-Beschäftigungsstrukturen



Quelle: BAVC Statistik 2001 Basis: Tarifbeschäftigte

## Tarifbeschäftigte–AT-Beschäftigte–Azubis



Im Vergleich zum Jahr 1988, in dem die Entgeltgruppen-Klassifikation eingeführt wurde, hat sich der Anteil der un- und angele-

ten Beschäftigten im Bereich E 1 bis E 3 von über 20 vH auf gut 11 vH praktisch halbiert. In den Entgeltgruppen E 4 und E 5, in denen hauptsächlich Beschäftigte mit einer zweijährigen Berufsausbildung tätig sind, sank der Anteil von rund 18 vH auf unter 15 vH. Deutlich zugelegt hat der Bereich E 6 bis E 8, in dem Facharbeiter und Angestellte mit einer dreijährigen Berufsausbildung tätig sind. Hier stieg der Anteil von rund 30 vH auf über 37 vH.

Der Anteil der Beschäftigten in den Entgeltgruppen E 9 bis E 13, in denen z.T. auch Angestellte mit Fachhochschul- und Universitätsabschlüssen eingruppiert werden, stieg ebenfalls von gut 30 vH auf annähernd 37 vH.

## Altersvorsorge:

# Chemie Pensionsfonds etabliert sich

Der Chemie Pensionsfonds, eine Gemeinschaftsinitiative der Tarifvertragsparteien zusammen mit der HypoVereinsbank, hat sich mittlerweile auf dem Markt etabliert. Über 320 Unternehmen haben konkretes Interesse bekundet, ihren Mitarbeitern die Altersversorgung auf diesem Weg zu ermöglichen. Über die Hälfte hat bereits einen Rahmenvertrag abgeschlossen.

Der Gesetzgeber hat das Leistungsspektrum der Pensionsfonds erweitert. Diese können jetzt nicht nur lebenslange Renten, sondern auch Teilkapitalzahlungen anbieten. Der Chemie Pensionsfonds schafft derzeit die Voraussetzungen dafür, dass diese Option in sein Leistungsangebot aufgenommen werden kann. Die Arbeitnehmer sollen somit zum Zeitpunkt des Versorgungsfalls die Möglichkeit haben, sich bis zu 20vH des Kapitals in einem Betrag auszahlen zu lassen.

## Insolvenzversicherung

Der Chemie Pensionsfonds ist insolvenzgesichert. Die Kosten hierfür sollen ab 2003 nicht mehr vom Arbeitgeber, sondern aus den Erträgen des angelegten Kapitals finanziert werden.

## Informationsbroschüre

Entscheidungen hinsichtlich der betrieblichen Altersversorgung haben sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer langfristige und weitreichende Auswirkungen. Zahlreiche Informationen werden benötigt, um die richtige Entscheidung zu treffen. Deshalb haben BAVC und IG BCE eine Informationsbroschüre über den Pensionsfonds als neuen Durchführungsweg entwickelt. Die Broschüre wendet sich gleichermaßen an Arbeitgeber und Personalverantwortliche sowie Betriebsräte und Arbeitnehmer.

Die Broschüre „Der Chemie Pensionsfonds – Heute an morgen denken“, herausgegeben von Bundesarbeitgeberverband Chemie und IG BCE, kann beim

**Dr. Curt Haefner Verlag GmbH**  
**Postfach 10 60 60, 69050 Heidelberg**  
**Telefon: (0 62 21) 64 46-0**  
**Fax: (0 62 21) 64 46 40**  
**E-Mail: [info@haefner-verlag.de](mailto:info@haefner-verlag.de)**

angefordert werden. Der Preis beträgt 2,30 € zuzüglich Mehrwertsteuer und Versandkosten.

# Wieder mehr Chemie-Studenten

Die Zahl der Studienanfänger in den Chemie-Studiengängen hat sich im Jahr 2001 gegenüber den Vorjahren um fast 30 vH erhöht. Die Anzahl der Diplom- und Promotionsprüfungen ist dagegen erneut zurückgegangen – ein Trend, der sich in den kommenden Jahren fortsetzen wird. Die Arbeitsmarktsituation für Absolventen der Chemie-Studiengänge war im vergangenen Jahr günstig. Die Zahl der stellensuchenden diplomierten oder promovierten Berufsanfänger war erneut niedriger als im langjährigen Durchschnitt.

Das geht aus der alljährlichen Erhebung der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) hervor. (Siehe auch im Internet unter: [www.gdch.de/arbeitsv/statistik.htm](http://www.gdch.de/arbeitsv/statistik.htm))

## ■ Wieder mehr Anfänger ...

Im Jahr 2001 begannen 4.924 junge Menschen ihr Chemie-Studium, davon 385 in einem Bachelor-Studiengang. Die Zahl der Studienanfänger erhöhte sich damit erneut deutlich (+ 29,1 vH). Der Anteil weiblicher Studienanfänger in der Chemie lag weiter bei 46 vH, der Anteil der ausländischen Studenten bei 13 vH. Insgesamt gab es 22.451 Chemiestudierende und 5.457 Doktoranden.

# Biotech im Kommen

Die Biotechnologie hat in Deutschland Fuß gefasst. Dies geht aus einer Pilotstudie des Statistischen Bundesamtes hervor, bei der deutschlandweit 666 Biotechnologie-Firmen befragt wurden. Diese verzeichneten im Jahr 2000 einen Gesamtumsatz von knapp 5,5 Milliarden Euro und beschäftigten zusammen knapp 38.300 Mitarbeiter. Hochgerechnet dürfte es inzwischen bis zu 1.200 Unternehmen mit ausgeprägten Biotech-Aktivitäten in Deutschland geben. Angesiedelt haben sich die Biotechnologen zumeist dort, wo das wissenschaftliche Umfeld günstig ist – in erster Linie sind dies die großen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen aber auch die Region Berlin-Brandenburg.

## ■ ... aber weniger Abschlüsse

Die Zahl der Diplomprüfungen ging auf 1.019 (Vorjahr: 1.249) die der Promotionen auf 1.775 (Vorjahr: 2.052) zurück. Dies reflektiert die stark rückläufigen Studentenzahlen im letzten Jahrzehnt.

## ■ Günstiger Chemiker-Arbeitsmarkt

Die meisten Diplom-Chemiker (91 vH) schlossen an ihr Studium eine Promotion an. 6 vH der Diplomierten haben die Universität verlassen und eine berufliche Tätigkeit aufgenommen.

Von den promovierten Absolventen wurden 40 vH in der chemischen Industrie eingestellt. 16 vH fanden eine Anstellung in der übrigen Wirtschaft. 14 vH der Chemiker gingen nach der Promotion zunächst ins Ausland, in den meisten Fällen zu einem Post-Doc-Aufenthalt. Lediglich 7 vH der promovierten Absolventen waren zum Zeitpunkt der GDCh-Umfrage stellensuchend.

Die günstige Arbeitsmarktsituation wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahren anhalten, da die Anzahl der diplomierten und promovierten Absolventen weiter deutlich zurückgehen wird.

## ■ Hohes Innovationstempo

Im Jahr 2000 waren fast die Hälfte aller in der Studie erfassten Firmen so genannte „Biotech-Kernunternehmen“ mit insgesamt rund 10 000 Mitarbeitern. Diese Firmen arbeiten mit modernsten biotechnischen Verfahren. Um am Markt zu bestehen, brauchen Biotech-Firmen viel Innovationsfutter: Die Aufwendungen für die biotechnologische Forschung und Entwicklung lagen im Jahr 2000 bei knapp 399 Millionen Euro – je Beschäftigtem waren dies gut 40.200 Euro.

Im Schnitt sitzt auf jedem dritten Arbeitsplatz der Biotech-Unternehmen ein Forscher, in kleineren Betrieben ist der Anteil der FuE-Beschäftigten noch höher.

## BAVC-Positionen:

## Prioritäten einer neuen Arbeitsmarktpolitik

Arbeitslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Ein deutlicher Abbau der dramatisch hohen Arbeitslosigkeit kann nur erreicht werden, wenn in der Arbeitsmarktpolitik die richtigen Prioritäten gesetzt werden. An erster Stelle muss dabei die Schaffung neuer Arbeitsplätze stehen.

### ■ Wachstumspolitik für Arbeitsplätze

Unabdingbare Voraussetzung ist eine nachhaltige Wachstumspolitik, die positive Impulse für die konjunkturelle Entwicklung gibt und so die Bedingungen für mehr Investitionen und damit von mehr Arbeitsplätzen verbessert.

**Steuern senken:** Das Steuersystem ist zu vereinfachen und gerechter zu gestalten. Der Einkommensteuerspitzensatz ist mittelfristig auf unter 40 vH, der Eingangssteuersatz auf unter 15 vH zu reduzieren.

**Personalzusatzkosten reduzieren:** Ohne die seit langem angemahnte Senkung der Personalzusatzkosten werden keine neuen Arbeitsplätze entstehen. Bereits heute ist abzusehen, dass die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung im nächsten Jahr erneut steigen werden. Unerlässlich ist daher eine umfassende Reform der sozialen Sicherungssysteme. Die Sozialversicherungsbeiträge sind auf unter 40 vH zurückzuführen.

**Staatsquote zurückfahren:** Erforderlich ist die Senkung der Staatsquote durch Ausgabenreduzierung, insbesondere durch Subventionsabbau, auf unter 40 vH und ein Umschichten von konsumtiven zu investiven Ausgaben.

### ■ Deregulierung des Arbeitsrechts

Die ständig zunehmende Regulierungsdichte im Arbeitsrecht beschränkt die Handlungsfähigkeit insbesondere der kleineren

und mittleren Unternehmen und wirkt faktisch als Einstellungshindernis.

**Kündigungsschutz vereinfachen:** Eine Vereinfachung und Lockerung des Kündigungsschutzrechts mit Rechtsklarheit für beide Seiten würde bestehende Einstellungshemmnisse für Arbeitssuchende beseitigen. Ein hohes Maß an Kündigungsschutz bei gleichzeitig hohen Lohnersatzleistungen bedingen eine flexibilitätsfeindliche Doppelsicherung.

**Arbeit flexibler gestalten:** Flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten bei befristeten Arbeitsverträgen sind geeignete Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das jetzige Teilzeit- und Befristungsgesetz mit seinen massiven Einschränkungen beeinträchtigt dagegen Beschäftigungschancen.

**Betriebsverfassung verbessern:** Neue Arbeits- und Organisationsformen in den Unternehmen und die zunehmende Europäisierung erfordern eine moderne und flexiblere Betriebsverfassung mit vorrangigen Vereinbarungslösungen für die Betriebe. Verfahrensvereinfachungen und -beschleunigungen würden die Effizienz der Mitbestimmungsprozesse steigern. Das jetzige Betriebsverfassungsrecht wird diesen Anforderungen nicht gerecht.

### ■ Aktivierende Arbeitsmarktpolitik

Der Abschlussbericht der Hartz-Kommission enthält eine Reihe sinnvoller Vorschläge für eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik, ohne diese allerdings durchgehend und konsequent umzusetzen.

**Vermittlung stärken und beschleunigen:** Die Vermittlung der Arbeitslosen ins Zentrum der Aufgaben der Arbeitsvermittlung

zu rücken, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Durch frühzeitige Vermittlungsbemühungen, beginnend direkt mit Erhalt der Kündigung, werden Zeitverluste vermieden und Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz verbessert. Eine stärkere Einbindung der Arbeitgeber z.B. beim „Profiling“ darf dabei aber nicht zu einem unverhältnismäßigen administrativen Aufwand führen.

**Transfer-Sozialplan nutzen:** Die Intensivierung der Vermittlung greift ein Erfolgsrezept des chemiespezifischen Transfer-Sozialplans auf.

Die Förderung des Arbeitslosen steht in einem unauflöslichen Zusammenhang mit den bei ihm einzufordernden Mitwirkungspflichten. Ein ebenso wichtiges Element für eine erfolgreiche Vermittlung bildet daher bei der Transfer-Sozialplan-Konzeption die Förderung der Eigenverantwortung und Eigeninitiative des von Arbeitslosigkeit Bedrohten.

**Zumutbarkeitsregelungen effizienter und flexibler gestalten:** Die im Hartz-Bericht vorgeschlagene Neudefinition der Zumutbarkeit bedeutet mit ihren individualisierten Kriterien für den Einzelnen eher eine Erleichterung als eine Verschärfung. Zukünftig muss der Vermittler nach diesen Kriterien jeden Einzelfall überprüfen. Ob die damit möglicherweise entstehende Einzelfall-Gerechtigkeit den damit verbundenen administrativen Aufwand rechtfertigt, ist zu bezweifeln.

**Leistungsrecht straffen – Bezugszeiten kürzen:** Die Motivation zur eigenverantwortlichen Beschäftigungssuche wird – wie der internationale Vergleich zeigt – durch Verkürzung der Bezugszeiten der Entgeltersatzleistungen verstärkt. Die ursprünglich geplante Rückführung der Bezugszeit auf 12 Monate wäre ein geeigneter Impuls gewesen.

Die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe bedeutet für den erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger, dass er zwar eine bedürfnisabhängige neue Leis-

tung erhält. Diese liegt aber sogar oberhalb der heutigen Sozialhilfe.

**Echtes Kombilohn-Modell einführen:** Ein echtes Kombilohn-Modell mit Elementen der Lohnergänzung, d.h. die Kombination von Einkommen und Transferleistungen sowie die geringere Anrechnung von Erwerbseinkommen auf die Transferleistungen, schafft im Niedriglohnbereich finanzielle Anreize zur Arbeitsaufnahme. Der „Mini-Job“-Ansatz greift zu kurz.

Die Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze auf 500 € ist zu niedrig; sie darf sich nicht auf Beschäftigung in privaten Haushalten beschränken. Die Regelungen zur Scheinselbstständigkeit sind nicht nur für den Bereich der Ich-AG, sondern generell aufzuheben.

**Reduzierung des 2. Arbeitsmarktes:** Die eigentliche Kernaufgabe der Arbeitsverwaltung, Arbeitslose so schnell wie möglich in neue Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln, darf nicht durch Instrumente künstlicher Beschäftigung konterkariert werden. Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erhalten teilweise höhere Löhne als auf dem ersten Arbeitsmarkt, so dass Anreize zur Arbeitsaufnahme nicht bestehen.

## ■ Arbeitsverwaltung straffen

Die Umorganisation der Arbeitsverwaltung im Sinne einer Kundenorientierung ist prinzipiell zu begrüßen. Ob dies mit dem geltenden Dienstrecht und den existierenden Beschäftigungsstrukturen erreicht werden kann, erscheint zweifelhaft. Die Effizienz der Job-Center und der PSA hängt im Wesentlichen von deren konkreten Ausgestaltung ab. Ob ein „ideologiefreies“ Neben- und Miteinander privater und öffentlich-rechtlicher Betätigung möglich wird, bleibt abzuwarten.

Die Aufgaben der Landesarbeitsämter rechtfertigen deren Existenz nicht. Sie sind zu Gunsten einer stärkeren Kompetenz vor Ort abzuschaffen.